

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 21 (2001)
Heft: 41

Artikel: Gewerkschaft und Nationalismus : Integrationspolitik statt Nationalisierung der Arbeit
Autor: Alleva, Vania
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652406>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewerkschaft und Nationalismus

Integrationspolitik statt Nationalisierung der Arbeit

Die Wirtschaftskrise Mitte der siebziger Jahre hatte in der Schweiz eine massive Rückwanderung der MigrantInnen zur Folge. Dieser „Export der Arbeitslosigkeit“ führte einerseits zu einer Entschärfung der wirtschaftlichen Krise, andererseits zu einer Entspannung in der ausländerpolitischen Diskussion. Die Gewerkschaften versuchten, diese Entspannung für eine bessere Integration von AusländerInnen zu nutzen. Eine solche drängte sich um so mehr auf, als in den Gewerkschaften die SchweizerInnen zunehmend an Gewicht verloren. Der Erfolg in der Organisierung eines beachtlichen Teils der AusländerInnen stellte sich aber äusserst langsam ein (Degen 2000). Die wachsende Zahl der AusländerInnen in den Gewerkschaften bewirkte ein Umdenken und erhöhte die Akzeptanz integrationspolitischer Positionen. 1979 forderte der Kongress der Gewerkschaft Bau und Holz (GBH) die Abschaffung des Saisonierstatuts und unterstützte klar die „Mitenand“-Initiative. Bereits seit 1971 liess diese Gewerkschaft AusländerInnen in ihrem Zentralvorstand zu und 1974 strichen die Delegierten des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes die Bezeichnung „schweizerisch“ und stimmten der neuen Namensgebung „Gewerkschaft Bau und Holz“ zu.

Innerhalb des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) wurde erst in den neunziger Jahren und zwar im Zusammenhang mit den Diskussionen um die europäische Integration die Zustimmung zur Personenfreizügigkeit offizielle Politik. Damit hat der SGB im letzten Jahrzehnt in der Migrationspolitik eine 180-Grad-Wende vollzogen (Rechsteiner 1999). Im Rahmen der Bilateralen Abkommen Schweiz-EU und mit dem Ende der Kontingenzierungspolitik für MigrantInnen aus dem EU-Raum eröffnen sich möglicherweise neue Perspektiven. Als flankierende Massnahmen gegen Sozialdumping gelten die von den Gewerkschaften durchgesetzten Regulierungsinstrumente gleichermassen für alle Arbeitskräfte – was den gewerkschaftlichen Internationalismus auf eine neue Grundlage stellen könnte (Rieger 2001; Baumann 2001; Gallin 2001). Unterstrichen wurde, dass trotz der Nichtpartizipation am Europäischen Wirtschaftsraum und trotz der Nichtmitgliedschaft der Schweiz in der EU die „europäische Ebene“ für fast jeden Aspekt gewerkschaftlicher Politik in der Schweiz von grösster praktischer Bedeutung ist (Ziltener 2000).

In den meisten Gewerkschaften mag der Nationalismus-Konflikt zwar erst im letzten Jahrzehnt als Problem wahrgenommen worden sein (Wuhrer 2001), dabei muss aber zwischen den einzelnen Gewerkschaften in der Schweiz differenziert werden, denn die Basis etwa des Eisenbahnverbandes ist nicht die gleiche wie jene der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI). Die GBI kann gar als eigentliche „Gewerkschaft der MigrantInnen“ be-

zeichnet werden. Von den knapp 100'000 Mitgliedern sind fast 70 Prozent AusländerInnen. Damit ist die GBI eine wichtige Ausnahme, denn in fast allen anderen Gewerkschaften sind die AusländerInnen untervertreten geblieben (Degen 2000). Auch rund die Hälfte der GBI-FunktionärInnen sind ausländischer Herkunft.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien zum Beispiel spiegelten sich vereinzelt auch in der Schweiz. Diese Spannungen führten etwa auf Baustellen zur Trennung der Baracken für Kosovo-Albaner und Serben oder hatten in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit getrennte Kurse für Vertrauensleute zur Folge. Die GBI ergriff auf diese Anzeichen von nationalistischen Konflikten hin mehrere Massnahmen: ein multikulturelles Seminar zum Thema Balkankrieg; Mediation zwischen Albanern und Serben; internationale Konferenzen mit Gewerkschaften aus dem ehemaligen Jugoslawien, Portugal, Spanien, in deren Rahmen Probleme des „Nationalismus“ thematisiert wurde. Es ist eine gewerkschaftliche Erfahrung der Praxis, dass, sobald sich die Leute für ihre Rechte einsetzen, das „Trennende“ wegfällt, das „Gemeinsame“ sich ausbildet und in den Vordergrund rückt. Beispielfähig hierfür sind der Marmor- und Granit-Streik (1992) und jüngst der Streik in der Zentralwäscherei Basel. Beiden Streiks war eine starke innergewerkschaftliche integrative Kraft gemeinsam, die nach aussen hin Solidarisierung ermöglichte.

Integrationspolitische und internationalistische Zielsetzungen

Die Nationalismusproblematik ist untrennbar mit dem Bereich der Integrationsförderung verknüpft. Da die Arbeitswelt ein zentraler Integrationsbereich ist, zählen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände hier zu den Hauptakteuren. Erwerbstätigkeit gilt dabei als ein Hauptkriterium gesellschaftlicher Integration. Diese Verbände sind wichtige vermittelnde Institutionen zwischen Gesellschaft und Staat. Um so bedeutender ist die Tatsache, dass die Integration der ausländischen Arbeitskräfte in einzelnen Arbeitnehmerverbänden weit vorangeschritten ist (EKA 1999). Dies gilt in besonderem Ausmass für die gewerkschaftliche Mitwirkung und für die Funktionärsarbeit in den geschäftsleitenden Gremien. Diese Möglichkeit, sich sozialpolitisch zu engagieren, ist für die MigrantInnen um so wichtiger, als in der schweizerischen Wirtschaft die Interessen der ArbeitnehmerInnen fast nur über Gesamtarbeitsverträge gewahrt werden.

In ihrem Selbstverständnis definiert die GBI klar ihr Verhältnis zur Integrationsarbeit: „Gerade die Vielfalt der Kulturen kann neue Impulse zu Lösungen unserer eigenen Probleme bringen.“ (GBI 1993) Integration muss zu einem gemeinsamen Anliegen der schweizerischen und ausländischen Bevölkerung werden. Dies setzt voraus, dass die Einheimischen gewillt sind, die MigrantInnen in die kommunale Gemeinschaft aufzunehmen und ihnen gleichberechtigt politisches Mitspracherecht zuzugestehen. Fehlt dieser Wille, so neigen die MigrantInnen dazu, ihre eigenen sozialen Systeme vorzuziehen und sich abzusondern (EKA 1999). Das Zusammen-

leben zwischen Einheimischen und MigrantInnen, aber auch jenes unter den MigrantInnen verschiedener Herkunft, war bisher eher durch ein Neben- als durch ein Miteinander geprägt. Klassische Gewerkschafts- und aktive Integrationspolitik werden in diesem Zusammenhang auch als ein Mittel gegen nationalistische Tendenzen verstanden.

Die Unterscheidung zwischen struktureller Integration (Eingliederung in die Arbeitswelt und in die gesellschaftliche Statuskonfiguration) und kultureller Assimilation (Anerkennung und Übernahme von Normen und Werten) beeinflusst auch die gewerkschaftlichen Zielsetzungen. So lehnt die GBI eine kulturspezifische Migrationspolitik ab (etwa der Widerstand gegen das Drei-Kreise-Modell; vgl. Caloz-Tschopp 1999). Kulturelle Integration und Assimilation ist weder definier- noch messbar. Die Förderung struktureller Integration heisst für die Gewerkschaftspolitik: Abschaffung des Saisonierstatuts und Verzicht auf einen neuen Kurzaufenthalterstatus, bessere Löhne in Tieflohnbereichen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Erhöhung der politischen Partizipation und Zugang zu politischen Rechten (GBI 2001).

Chancengleichheit, Partizipation und Aufenthaltssicherheit sind die eigentlichen Triebkräfte jeder Integration. Ihre Förderung muss über die Arbeitswelt hinausgehen und alle Bereiche erfassen, einschliesslich auf der politischen Ebene. Dabei kommt den Gewerkschaften in der Schweiz eine zentrale Rolle zu. Man muss sich nur ihre einzigartige Konstellation vor Augen führen: Die Gewerkschaften im Industriebereich sind weltweit wohl die einzigen, die in ihren Reihen zwischen einem Drittel und drei Viertel ArbeiterInnen ohne politisches Stimmrecht organisieren. Die Gewerkschaften sind somit der einzige Ort, wo auch MigrantInnen – wenigstens indirekt – politischen Einfluss nehmen können.

Die Integration der AusländerInnen in die Gewerkschaftsstrukturen

Mitte der 70er Jahre wurde in den GBH-Strukturen eine Interessengruppe „Saisonniers“ für ausländische Arbeitnehmende gebildet (heute Interessengruppe „Migration und Integration“ der GBI). Hauptziel dieser IG ist die Integration der AusländerInnen nicht nur in der Gewerkschaft, sondern auch auf sozialer, politischer, wirtschaftlicher und juristischer Ebene in der Schweiz. Der internationalistischen Strategie steht in der Praxis die strukturelle Bündelung ausländischer Gruppen innerhalb der Gewerkschaft überhaupt nicht entgegen. Zusammenfassend hat Vasco Pedrina bereits 1991 die Gründe genannt, die für die Konstituierung einer Interessengemeinschaft sprechen: „Da in absehbarer Zukunft nicht damit zu rechnen ist, dass den Ausländern politische Rechte eingeräumt werden, bleibt die Gewerkschaft im Grunde die einzige einheimische Institution, in der sich die Immigranten Gehör verschaffen können.“ Deshalb müsse verhindert werden, dass die Stimme der MigrantInnen durch diejenige der SchweizerInnen übertönt wird oder in der allgemeinen Debatte untergeht.

Denn die MigrantInnen haben spezielle Rechte und Interessen zu verteidigen – in der Schweiz wie auch im Herkunftsland; und dies kann nur durch geeignete Strukturen in der Gewerkschaft gewährleistet werden. Diese Anliegen der MigrantInnen kann die Gewerkschaft nicht ignorieren, dann vor allem nicht, wenn in den Herkunftsländern Regierungen linke AktivistInnen und GewerkschafterInnen bekämpfen, verfolgen und umbringen, wie das bis heute in verschiedenen Ländern der Fall ist (Steinauer/von Allmen 2000). Diskussionen zu diesen migrationsspezifischen Themen finden keinen Raum in den gewerkschaftsinternen Berufs- und Ortsgruppen oder den Branchenkonferenzen. Dies gilt auch für die Probleme mit der Ausländergesetzgebung.

Die gewerkschaftliche Interessengruppe für ausländische Arbeitnehmende leistet Aufklärungsarbeit in Bezug auf politische Mitwirkungsrechte und -pflichten. Es sind die KollegInnen aus vielen Ländern, welche die Politik der IG mitgestalten und sie selber leiten. Die Diskussionen in unzähligen Sitzungen werden übersetzt und so geplant, dass auch die ausländischen KollegInnen mitreden und mitentscheiden können. Wegen unterschiedlichen Interessen und Prioritäten der einzelnen Gruppen, aber auch wegen der Sprachbarriere kann auf regionaler Ebene nach Sprachgruppen unterschieden werden. Damit die fremdsprachigen Arbeitnehmenden aktiv am Gewerkschaftsleben partizipieren können, wurden hier Strukturen geschaffen, in denen sie sich in der eigenen Sprache ausdrücken können. Besonders notwendig sind diese Strukturen in der Deutschschweiz, wo die Sprachbarriere durch die Verankerung und Dominanz der schweizerdeutschen Dialekte viel zu hoch ist.

Hier muss auf ein spezifisches Problem hingewiesen werden, mit dem die GBI konfrontiert ist. Im Unterschied zum geltenden schweizerischen Rechtssystem, wo die MigrantInnen zum Beispiel immer noch kein Stimm- und Wahlrecht haben, gibt es innerhalb der Gewerkschaften heute formal keine Diskriminierungen mehr. Alle Mitglieder, ob mit oder ohne Schweizer Pass, haben die gleichen Rechte und Pflichten. Diese formale Gleichstellung führt nun aber fälschlicherweise dazu, zu verkennen, dass es trotzdem eine faktische Diskriminierung der MigrantInnen geben kann. So sind beispielsweise auch in der GBI in gewissen Sektionen und Regionen (vor allem der deutschen Schweiz) die MigrantInnen in allen Gremien stark untervertreten. Die Sprachkompetenz ist eine wichtige Voraussetzung bei der Wahrnehmung der eigenen Rechte. Deshalb braucht es trotz formaler Gleichstellung spezifische Instrumente und Strukturen, um die tatsächliche Gleichstellung zu fördern und zu gewährleisten.

Gegen Lohndiskriminierung, Nationalisierung der Arbeit und Desintegration

In der Schweiz ist in gewissem Ausmass eine Hierarchisierung nach Nationalitäten bei der Zuteilung der Tätigkeiten festzustellen. Es muss von einer weitgehenden „Nationalisierung der Arbeit“ gesprochen werden, die

mit einer Lohndiskriminierung einhergeht. Diese „Nationalisierung“ wird von Dauer sein, denn eine Rückkehr der an die attraktiveren Arbeitsplätze im Tertiärsektor abgewanderten Einheimischen ist nicht zu erwarten (De- gen 2000). Im allgemeinen verdienen AusländerInnen weniger als SchweizerInnen. Diskriminierend wirkt hier die Tatsache, dass ausländische Diplome und Berufsausbildungen oft nicht anerkannt werden. Auch in gewissen Verträgen besteht nach wie vor eine Diskriminierung, obwohl die Gewerkschaften seit Jahren versuchen, dies zu ändern: So halten gewisse Verträge der Baubranche fest, dass AusländerInnen, unabhängig davon, welche Qualifikationen sie erlangt und welche Arbeiten sie in ihrem Land ausgeführt haben, als „Hilfsarbeiter“ beginnen müssen und in der Schweiz mindestens sechs Monate so eingestuft werden. In allen prekären Branchen, wo keine Gesamtarbeitsverträge GAV bestehen, werden vor allem AusländerInnen beschäftigt. Sie arbeiten in allen Tieflohnbranchen wie Landwirtschaft, Gastgewerbe und Reinigungsgewerbe. Die Lage der polnischen ArbeitnehmerInnen („Erntehelfer“) ist jetzt öffentlich bekannt geworden. Doppelte strukturelle Diskriminierung erleiden Migrantinnen: einerseits als Ausländerinnen, andererseits als Frauen (vgl. Prodolliet 1999; Le Breton 1999). Auf politischer Ebene kämpft die GBI dafür, die Lohntarife anders zu gestalten. Im Zentrum steht die SGB-Kampagne „Keine Löhne unter 3000 Franken netto“.

Eine vor kurzem erschienene GBI-Erhebung über die Qualität der beruflichen Ausbildung im Bauhaupt- und -nebegewerbe gibt in diesem Zusammenhang äusserst aufschlussreich Auskunft über Diskriminierungen jugendlicher AusländerInnen auf Lehrstellensuche. Für AusländerInnen ist es deutlich schwieriger, eine Lehrstelle zu finden. Vor allem Personen aus Ost-Europa berichten mit 76 Prozent am häufigsten von Schwierigkeiten. Die Aufenthaltsdauer bzw. die Zeit, in der die Personen schon in der Schweiz wohnhaft sind und sich integrieren konnten, spielt nur eine sehr untergeordnete Rolle. Bei SchweizerInnen lässt sich indes das umgekehrte Verhältnis aufzeigen: fast 75 Prozent hatten keine Probleme, eine Stelle zu finden (GBI-Jugend 2000). Hier setzt die Lehrstellen-Initiative lipa (pour des places d'apprentissage) an, die voraussichtlich im Jahr 2002 zur Abstimmung kommen wird.

Im Zuge der Rezession der neunziger Jahre nahmen auch in der Schweiz Desintegrationstendenzen zu (in den Bereichen Wohnen, Schule und Arbeitsmarkt). In der Phase der Krise und der Unternehmeroffensive sahen sich die Gewerkschaften in programmatischer Hinsicht in die Defensive gedrängt. Während der neunziger Jahre versuchten sie in erster Linie einen Stopp des Arbeitsplatzabbaus und eine Politik der Vollbeschäftigung durchzusetzen (Rieger 2001). Einerseits verloren die Gewerkschaften viel Einfluss auf die Gestaltung von Arbeitsbedingungen. Andererseits kam es zum Rückgang ausländischer Kader, welcher sich direkt auf die Migrationspolitik der Gewerkschaft auswirkte. Während in der Schweiz die Bautätigkeit enorm zurückging, fanden etwa die Spanier in ihrem Land Arbeit (Olympische Spiele von Barcelona; Weltausstellung Sevilla). Dadurch verlor die

GBI zahlreiche erfahrene AktivistInnen. Die Auswirkungen der Krise wurden verstärkt durch das Phänomen des Generationenwechsels und der Rückkehr ins Herkunftsland (Pensionierungen). In den letzten Jahren haben deshalb viele ausländische Gewerkschaftsfunktionäre und AktivistInnen ihre Arbeitsstelle verlassen, und sie wurden nur teilweise wieder durch AusländerInnen ersetzt. Vasco Pedrina konstatiert: „Das Problem besteht vor allem auf der Ebene der Sektionen und Regionen, dort wo zum Beispiel die Schweizer allein das Sagen haben. Zum Teil haben diese Schwierigkeiten damit zu tun, dass die Schweizer ihre Position verteidigen und zum Teil damit, dass wir nicht genügend brauchbare ausländische Kader gefunden – oder aber zu viele verloren haben.“ (Steinauer/Von Allmen 2000)

Knapp die Hälfte der GBI-FunktionärInnen sind ausländischer Herkunft. Und deshalb erfolgt die Betreuung der GBI-Mitglieder durch Landsleute (Italiener, Spanier, Portugiesen, Türken, Serben, Bosnier, Albaner). Diese Betreuung verbessert nicht bloss die Kommunikation, sie trägt auch zum kulturellen Verständnis zwischen GewerkschafterIn und FunktionärIn bei. Gleichzeitig stützt die Auseinandersetzung mit diesen „nationalen“ Eigeninteressen auch die Migrationspolitik der gesamten Gewerkschaft. Eine Erhebung zeigt, dass die Anzahl der ausländischen FunktionärInnen nicht immer den jeweiligen Mitgliederanteilen entspricht. Stark übervertreten sind bei den FunktionärInnen die SchweizerInnen. Sie machen rund die Hälfte der FunktionärInnen aus – bei einem Mitgliederanteil von nur etwas mehr als einem Drittel. Den Mitgliederanteilen entsprechend sind Italiener und Spanier vertreten. Leicht unterrepräsentiert sind dagegen die portugiesischen Gewerkschafter. Vor allem aber fällt die starke Untervertretung der GewerkschafterInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien auf. Auf ca. 17 Prozent Mitgliederanteil kommen gerade mal 5 Prozent FunktionärInnen (GBI-interne Erhebung der Autorin). Hier besteht Handlungsbedarf. In einem Pilotprojekt ist der Aufbau eines Netzes fremdsprachiger AktivistInnen geplant. Kernpunkt des Projekts ist die gezielte Suche und Ausbildung von Vertrauensleuten. Auch der Pilotkurs „MediatorInnen in den Betrieben“ geht in diese Richtung: Gut integrierte ArbeitnehmerInnen werden ausgebildet, damit sie im Umfeld ihres Arbeitsplatzes eine Vermittlerrolle im Integrationsprozess übernehmen können. Die GBI muss sich künftig stärker auf integrationsfördernde Projekte konzentrieren – als ein zentraler Beitrag der Gewerkschaft zur Entschärfung des Nationalismusproblems.

Literatur

- Alleva, Vania, 2001: Näher zu den MigrantInnen. Aufbau regionaler Strukturen für die IG Ausländische Arbeitnehmende. In: Neue Gewerkschaft v. 23.5. Zürich
- Armingeon, Klaus 2000: Basis und Elite. In: Armingeon, Klaus/Geissbühler, Simon (Hg.): Gewerkschaften in der Schweiz. Herausforderungen und Optionen. Zürich
- Baumann, Hans, 2001: Globale soziale Sicherheit. In: Caritas Schweiz (Hg.), Sozialalmanach 2001. Luzern

- Caloz-Tschopp, Marie-Claire, 1999: Sicherheitsdemokratie und neoliberaler Totalitarismus. Asylpolitik und Wegweisungsvollzug in der Schweiz. In: Widerspruch, Heft 37. Zürich
- Castelnuovo Frigessi, Delia, 1977: Elvezia il tuo governo. Operai italiani emigrati in Svizzera. Torino
- Degen, Bernard, 2000: Starre Strukturen im wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Armingeon, Klaus/Geissbühler, Simon (Hg.): Gewerkschaften in der Schweiz. Herausforderungen und Optionen. Zürich
- Eidgenössische Ausländerkommission EKA, 1999: Die Integration der Migrantinnen und Migranten in der Schweiz. Fakten, Handlungsbereiche, Postulate. Bern
- Gallin, Dan, 2001: Gewerkschaftsbewegung und neuer Internationalismus. In: Widerspruch, Heft 40. Zürich
- Geissbühler, Simon, 2000: Links, sozialdemokratisch, klassenkämpferisch? Gewerkschaftsmitglieder in der Schweiz und ihre Einstellungen zur Politik. In: Armingeon, Klaus/Geissbühler, Simon (Hg.): Gewerkschaften in der Schweiz. Herausforderungen und Optionen. Zürich
- Gewerkschaft Bau & Industrie, 1993: Unser Selbstverständnis. Zürich
- Gewerkschaft Bau & Industrie, 2001: GBI-Positionen zur Einwanderungspolitik gegenüber MigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern. Zürich
- Gewerkschaft Bau & Industrie, GBI-Jugend, 2000: Let's talk about the quality of education! Eine Erhebung über die Qualität der beruflichen Ausbildung im Bauhaupt- und Bau- nebengewerbe. Zürich
- Le Breton Baumgartner, Maritza, 1999: Illegalisierung und Kriminalisierung der Migrantinnen. „Frauenhandel“ im Kontext restriktiver Einwanderungspolitik. In: Widerspruch, Heft 37. Zürich
- Mahnig, Hans, 1998: Integrationspolitik in Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden. Studie des Schweizerischen Forums für Migrationsstudien im Auftrag der EKA. Neuenburg
- Prodolliet, Simone, 1999: Ohne Migrantinnen geht wirtschaftlich nichts. Frauen – der blinde Fleck in der Migrationsforschung. In: Widerspruch, Heft 37. Zürich
- Rechsteiner, Paul, 1999: Ende der Diskriminierung. In: WoZ v. 21.11. Zürich
- Rieger, Andreas, 2001: Offensive Gewerkschaftspolitik. Bilanz und Perspektiven. In: Widerspruch, Heft 40. Zürich
- Sancar, Annemarie, 1999: Integrationsleitbilder und Integrationspolitik. Zur kontroversen Leitbild-Debatte in Zürich, Bern und Basel. In: Widerspruch, Heft 37. Zürich
- Steinauer, Jean/Von Allmen, Malik, 2000: Changer la baraque. Les immigrés dans les syndicats suisses, 1945-2000. Lausanne
- Sutter, Alex, 2001: Wie gehen Gewerkschaften mit der Diskriminierung von MigrantInnen um? In: Tangram, Nr. 11. Bern
- Von Allmen, Malik/Steinauer, Jean, 2000: L'apport de l'immigration au syndicalisme suisse depuis 1945. Tome 1: Les hommes, les idées, les pratiques. Genf
- Wuhrer, Pit, 2001: Es kommt darauf an, wo dein Bett steht. Gewerkschaften und Nationalismus: ein Thema nur für AusländerInnen? In: WoZ v. 1.2.2001. Zürich
- Ziltener, Patrick 2000: Interaktion und Integration. Das europäische Mehrebenensystem als Handlungsfeld der Schweizer Gewerkschaften. In: Armingeon, Klaus/Geissbühler, Simon (Hg.): Gewerkschaften in der Schweiz. Herausforderungen und Optionen. Zürich